



Beschlussprotokoll Bürgergemeindeversammlung vom 9. November 2023

1. Protokoll

Das Protokoll der Bürgergemeindeversammlung vom 22. Juni 2023 wird einstimmig genehmigt.

2. Budget 2024

Bericht und Anträge des Bürgerrats

1. Für das Rechnungsjahr 2024 werden die Bürgersteuern wie folgt einstimmig genehmigt:
 - 2 % Einkommensteuer vom kantonalen Einheitssatz
 - 2 % Vermögenssteuer vom kantonalen Einheitssatz
 - 2 % Kapital-, Abfindungs- und Geschäftsliquidationssteuer vom kantonalen Einheitssatz
2. Das Budget 2024 wird einstimmig genehmigt.

3. Finanzplan 2024 - 2028

Vom Finanzplan 2024 – 2028 wird Kenntnis genommen.

4. Mitteilung der erfolgten Einbürgerungen durch den Bürgerrat

Die Einbürgerungen werden zur Kenntnis genommen.

5. Varia

Rechtsmittelbelehrung

Allgemeine Verwaltungsbeschwerde

Gegen Gemeindeversammlungsbeschlüsse kann gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes (GG; BGS 171.1) in Verbindung mit den §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRG; BGS 162.1) innert 20 Tagen seit der Mitteilung beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung erhalten. Der angefochtene Gemeindeversammlungsbeschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

Stimmrechtsbeschwerde

Gestützt auf § 17^{bis} des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz) vom 4. September 1980 (BGS 171.1) in Verbindung mit § 67 des Gesetzes über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG; BGS 131.1) vom 28. September 2006 kann wegen Verletzung des Stimmrechts und wegen Unregelmässigkeiten bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde ist innert zehn Tagen seit der Entdeckung des Beschwerdegrundes, spätestens jedoch am zehnten Tag nach der amtlichen Veröffentlichung der Ergebnisse im Amtsblatt einzureichen (§ 67 Abs. 2 WAG). In der Beschwerdeschrift ist der Sachverhalt kurz darzustellen (§ 68 Abs. 1 WAG). Bei Wahlbeschwerden ist ausserdem glaubhaft zu machen, dass die behaupteten Unregelmässigkeiten nach Art und Umfang geeignet waren, das Wahlergebnis wesentlich zu beeinflussen (§ 68 Abs. 2 WAG). Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 67 Abs. 3 WAG).